

Auf 71 Zeilen

Einfach so!

Sie ist hübsch verziert. Mit Mandeln, weissen Schokoladenspitzen, getrockneten Himbeeren. «Einfach so!» lautet die Botschaft. Geschrieben mit weisser Schoggi. Die braune Schokoladentafel, die ich dieser Tage geschenkt bekam, liegt auf meinem Schreibtisch. Sie lacht mich seither an und lässt mir das Wasser im Mund zusammenlaufen.

Noch habe ich die 200-grämmige Kalorienbombe nicht gekostet. Dafür, geschätzter Schenker, gibt es einen plausiblen Grund: Wenn man nicht weiss, welche Absichten der Absender hegt, dann sollte man gescheiter die Finger davon lassen. «Nimm niemals etwas von Fremden an!» Das hat uns schon Mutter eingeschärft. Und da ich schon schlechte Erfahrungen mit mir unbekanntem Esswaren gemacht habe, will ich – insbesondere im Hinblick auf besinnliche Festtage – nichts riskieren.

Was tut eine Journalistin in einer solchen Situation? Recherchieren. Ein paar Kandidaten aus dem Arbeitsumfeld konnte ich rasch ausschliessen: zu knausrig, zu wenig kreativ, zu gesundheitsbewusst. Einige kamen auf die Liste der möglichen Schoggiboten. Nämlich jene, mit denen ich 2018 häufig Kontakt hatte. Also griff ich zum Telefonhörer. Vielleicht die Luzerner Polizei? Nein. Mario Lütolf, Leiter Stadtraum und Veranstaltungen bei der Stadt Luzern? Negativ. («Geniess es», meint er). Die Pädagogische Hochschule Luzern verneint die Anfrage ebenfalls und verweist darauf, keine Bestechungsversuche zu unternehmen. Regierungsrat Guido Graf kommt ebenso wenig in Frage. Als Gesundheitsdirektor wäre es bedenklich, einer Mitbürgerin so viel Schokolade zu schenken.

Das Rätsel um die Schoggi bringt mich fast zur Verzweiflung. Und langsam gehen mir die Ideen aus, wer dahinterstecken könnte. Ein Blick auf die Verpackung verrät zwar: Die Süssigkeit ist noch bis zum nächsten Juli haltbar. Doch bitte, geschätzter Schoggibote, machen Sie mir noch ein zweites Geschenk und lösen Sie das Rätsel vor dem Sommer auf – einfach so!



Yasmin Kunz, Reporterin
yasmin.kunz@luzernerzeitung.ch

Zwei Verletzte nach Kollision

Inwil Auf der Oberhofen-Kreuzung ist es gestern um zirka 8 Uhr zu einer Kollision zwischen zwei Autos gekommen. Beide Lenker wurden dabei leicht verletzt. Ein Rettungsdienst war vor Ort, die Lenker mussten aber nicht ins Spital gefahren werden, wie die Luzerner Polizei schreibt. Es entstand ein Sachschaden von rund 29 000 Franken. (pd/rt)

Bürgerliche suchen Kompromiss

Steuergesetz CVP, FDP und SVP wollen die von der Regierung geplante Anhebung der Firmensteuern streichen – und damit das vom Gewerbe angeordnete Referendum verhindern. Das ruft SP und Grüne auf den Plan.

Lukas Nussbaumer
lukas.nussbaumer@luzernerzeitung.ch

Die Drohung, die der Gewerbeverband des Kantons Luzern Ende November ausgesprochen hat, zeigt Wirkung: CVP, SVP und FDP schmieden an einem Kompromiss, um das von den Gewerbern angekündigte Referendum gegen die Revision des kantonalen Steuergesetzes zu verhindern. Die Spitzen der drei bürgerlichen Parteien bestätigen die Gespräche gegenüber unserer Zeitung. Über den Inhalt haben sie jedoch Stillschweigen vereinbart. Mit dem Referendum gedroht hat neben dem mit seinen 7500 Mitgliedern mächtigen Gewerbeverband auch schon die SVP (Ausgabe vom 27. November).

Trotz selbst auferlegtem Reideverbot ist durchgesickert, um was es im bürgerlichen Kompromiss geht: in erster Linie um die Streichung der höheren Firmengewinnsteuern, wie sie die Regierung in ihrer Gesetzesrevision vorschlägt und wie sie insbesondere der Gewerbeverband bekämpft. Teil des Kompromisses soll aber auch eine nur halb so stark steigende Erhöhung der Vermögenssteuern für natürliche Personen sein.

Mit dem Verzicht auf höhere Unternehmenssteuern würden dem Kanton Luzern jährlich Mehreinnahmen von 5,5 Millio-

nen Franken entgehen. Mit dem Wegfall eines Teils der vorgesehenen Anhebung der Vermögenssteuern kämen weitere rund 9 Millionen dazu. Die Regierung hat diese beiden Ertragsposten sowohl in der Aufgaben- und Finanzreform (AFR) 2018 als auch im Budget für 2020 und in den Finanzplänen bis 2022 eingerechnet. Deshalb tauschen sich die Finanzspezialisten von CVP, SVP und FDP auch über die Kompensation dieser 14,5 Millionen aus.

Bürgerliche Parteien wollen sich bis 9. Januar einigen

Ludwig Peyer und Andreas Moser, die Fraktionschefs von CVP und FDP, glauben an ein Gelingen des Kompromisses, wie sie auf Anfrage sagen. Das gilt auch für Urs Dickerhof, Fraktionschef der SVP. Ziel der drei Parteien ist es, bis spätestens am 9. Januar einen Konsens zu finden. Dann berät die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) die Steuergesetzesrevision zum ersten Mal, wie WAK-Präsident und FDP-Kantonsrat Rolf Born bestätigt.

Born ist als Kommissionspräsident nicht in die Gespräche involviert. Ebenso wenig sein Parteikollege Gaudenz Zemp, Direktor des Gewerbeverbands. Dieser will sich vor dem Zustandekommen des angestrebten Kompromisses nicht zur Frage äussern, ob der Gewerbeverband dann auf

das Referendum verzichten würde. Sicher ist: Der Verband unternimmt derzeit viel, um die geplante Anhebung der Firmensteuern zu bekämpfen. So hat er diese Woche den Parteien und Mitgliedern der kantonsrätlichen Gewerbegruppe eine Analyse zugestellt, in der vor den schädlichen Folgen einer höheren Belastung der Unternehmen gewarnt wird.

Schenkt man den Aussagen der bürgerlichen Vertreter Glau-

ben, kommt die Allianz gegen höhere Firmensteuern zu Stande – und die Referendumsandrohung des Gewerbeverbands und der SVP gegen das revidierte Steuergesetz wird nicht wahr gemacht.

Nun ziehen Linke Referendum in Betracht

Dafür würde dem abgespeckten Regelwerk Opposition von links erwachsen. Das kündeten auf Anfrage Ylfete Fanaj und Monique Frey, die Fraktionschefinnen von SP und Grünen, an. Die Emmer Kantonsrätin Frey sagt denn auch: «Wir würden ein Referendum auf jeden Fall in Betracht ziehen. Schon der Vorschlag der Regierung ist nicht in unserem Sinn.» Die Grünen würden die Firmengewinnsteuern nämlich lieber deutlicher anheben und hohe und sehr hohe Vermögen gerne stärker besteuern.

Auch für die SP wäre das Referendum gegen das bürgerliche Kompromiss-Steuergesetz «eine Möglichkeit», wie Ylfete Fanaj sagt. Mit der Vorlage der Regierung sind die Sozialdemokraten ebenfalls nicht glücklich: «Der Vorschlag der Regierung ist das absolute Minimum», so die Stadtluzerner Kantonsrätin.

Linke befürchten höhere Steuern oder Sparpakete

Fanaj und Frey legen zudem Wert auf die Verknüpfung des Steuer-

gesetzes mit der AFR 18 und den Finanzplänen bis 2022. Wer dem Steuergesetz jetzt die Zähne ziehe, Sorge damit gleichzeitig für finanzielle Löcher, die wohl von der Allgemeinheit gestopft werden müssten. Fanaj: «Es drohen dann entweder eine Erhöhung des Steuerfusses für natürliche Personen oder weitere Sparpakete. Doch das wollen die Bürgerlichen vor den Wahlen natürlich nicht sagen.»

Die GLP hat laut Fraktionschefin Michèle Graber noch nicht entschieden, ob der Kompromiss für sie ein gangbarer Weg wäre. Ein allfälliges Referendum des Gewerbeverbands würde die GLP nicht mittragen. Ihre Partei könnte «vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage des Kantons mit der massvollen Erhöhung der Firmengewinnsteuern und der Anhebung der Vermögenssteuern leben», so Graber.

Ludwig Peyer und Andreas Moser sind sich bewusst, dass beim Zustandekommen des Kompromisses ein Referendum von linker Seite droht. «Damit müssen wir selbstverständlich rechnen», sagen die beiden unisono. Dennoch orten sie derzeit keinen Gesprächsbedarf mit SP und Grünen, weil diese von ihren Positionen sowieso nicht abweichen würden. Das sieht Urs Dickerhof gleich: «Sie sind in ihrer Meinung festgefahren.»

«Der Vorschlag der Regierung ist das absolute Minimum.»



Ylfete Fanaj
Fraktionschefin SP, Luzern

Wenn der Zimtstern besungen wird

Hildisrieden Die Kindergarten- und Primarschulkinder haben die Weihnachtsferien mit einer Adventsfeier eingeläutet. Nun heisst es: Noch zweimal schlafen, bis das Christkind kommt.

In der Kindheit hat die Adventszeit eine ganz besondere Bedeutung. Während sie für Erwachsene nur so verfliegt, scheint einem als Kind Heiligabend nicht näher zu rücken. Die Adventszeit hat auch im Klassenzimmer einen wichtigen Stellenwert. Jede Schule kennt dabei eigene Rituale.

Die Kindergärtler und Primarschüler aus Hildisrieden haben in der Adventszeit jede Wo-



che einmal gemeinsam musiziert. Die Feier von gestern Morgen bildete den krönenden Abschluss vor den Weihnachtsferien.

Lehrerband begleitet die 175 Schüler und Kindergärtler

«Zemetschern han i gern, Mailänderli au», singen die 175 Kinder aus voller Kehle. Begleitet werden sie von einer Lehrerband und teils auch von Schülern auf dem Xylophon oder Djembalos. Unterstützung erhalten sie auch von einigen Eltern. Gestern hat alles gepasst, haben die Schüler doch schon an den letzten zwei



Die Hildisrieder Primarschüler und Kindergärtler beim gemeinsamen Singen.

Bild: Philipp Schmidli (21. Dezember 2018)

Freitagen jeweils in der ersten Stunde gemeinsam gesungen und die Adventslieder auch in ihren Klassen fleissig geübt.

Ganz still ist es in der Mehrzweckhalle von Hildisrieden, als den Kindern die Geschichte des kleinen Igels mit der roten Müt-

ze erzählt wird – eine Erzählung über die Nächstenliebe. «Die Feier ist eine besinnliche Einstimmung auf die Festtage», sagt Schulleiter Benno Schnarwiler. «Erstaunt hat mich, wie sehr die Kinder das gemeinsame Singen schätzen.» Die Schule

Hildisrieden hat mit dieser Form der Einstimmung auf Weihnachten im letztjährigen Advent begonnen. Eigentlich sollte es eine einmalige Sache werden. Doch wegen der positiven Rückmeldungen wurde an diesem Konzept festgehalten.

Für die Schüler im Kanton Luzern haben heute die Weihnachtsferien begonnen. Jetzt heisst es: Noch zweimal schlafen, bis das Christkind kommt.

Roseline Troxler
roseline.troxler@luzernerzeitung.ch